



Pressemitteilung  
Berlin, 17.02.2020

## **Was ist drin für pflegende Angehörige?**

### **Stillstand in der Debatte um Lohnersatzleistung beenden – wir pflegen e. V. unterstützt Berliner Bundesratsinitiative**

Anders als die Bundesregierung bewegt sich nun der Bundesrat in der Frage der Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Das Land Berlin wird einen Antrag auf „Familienpflegegeld“ in den Bundesrat einbringen. „Wenn der Bund sich nicht bewegt, ist der Druck über den Bundesrat umso wichtiger“, begrüßt der pflegepolitische Sprecher von wir pflegen e. V., Christian Pälme, das Vorhaben.

Nach Abstimmung des Berliner Senats soll es eine bis zu 36monatige Auszeit für berufstätige pflegende Angehörige geben. In dieser Zeit hätten pflegende Angehörige einen Anspruch auf eine Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld. Damit greift Berlin eine zentrale Forderung von wir pflegen e. V. und des Unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auf.

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gestaltet sich in Deutschland noch immer schwierig. Daran haben weder Pflegezeit noch Familienpflegezeit etwas ändern können. Beide Ansprüche gehen an den Bedarfen der pflegenden Angehörigen vorbei und werden kaum genutzt. Seit 2015 haben nur 921 pflegende Angehörige den Anspruch auf ein zinsloses Darlehen geltend gemacht. „Eltern bekommen ein Elterngeld, pflegende Angehörige können einen Kredit aufnehmen. Das ist diskriminierend“, bewertet Pälme die aktuellen politischen Regelungen.

wir pflegen e. V. ruft die Bundesländer auf sich der Bundesratsinitiative von Berlin anzuschließen. Dafür gibt es bereits eine gemeinsame Grundlage: Im Rahmen der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz wurde ein Antrag eingebracht, der die Einführung einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung vorschlägt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



## Quellen:

- Zeit Online (11.02.2020): [Berlin startet Bundesratsinitiative für Familienpflegegeld.](#)
- ASMK (2019): [Externes Ergebnisprotokoll.](#)
- FDP-Bundestagsfraktion (2019): [Kleine Anfrage: Wirksamkeit des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Drucksache 19/11550.](#)

## Pressekontakt:

wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.

### *Medienbeauftragte:*

Susanne Hallermann

Telefon: 01522. 8576840

E-Mail: [medien@wir-pflegen.net](mailto:medien@wir-pflegen.net)

### *Referent Pflegepolitik & Familienpflege:*

Christian Pälme

Telefon: 030. 45975770

E-Mail: [pflegepolitik@wir-pflegen.net](mailto:pflegepolitik@wir-pflegen.net)